

# Militär, Wiederaufbau und Rügener Dosenfisch

Grund zum Verzweifeln oder Anlass zu Optimismus: Wie ist das Leben in Afghanistan?

Ein Bericht vom Hindukusch

Von Katja Wallrafen

Afghanistan scheint ein in Europa bekanntes Land zu sein, unterstützen doch die Bilder aus den Fernsehnachrichten die Vorstellungskraft: Schwenk über wunderschöne Berglandschaften, im Weitwinkel ein Lehmendorf, dann einzelne Menschen. Wir sehen Männer in langen Gewändern mit orientalisch anmutenden Kopfbedeckungen, Frauen, von der Burka ganzkörperverhüllt, Kinder, die Zigaretten verkaufen oder Wasser schleppen.

Scheinbar vertraut auch die Impressionen aus der Hauptstadt Kabul: Auf der Hauptstraße vom Flughafen in die Stadt überwuchert die Natur rostiges Kriegsmaterial. Konvois mit bis an die Zähne bewaffneten internationalen Soldaten rollen langsam vorbei. Schwerst bewaffnete Bewacher patrouillieren vor Stacheldrahtgeschützten öffentlichen Gebäuden.

Europa nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass in Afghanistan der Optimismus, der sich nach der Vertreibung der Taliban eingestellt hatte, verschwunden ist. Schlimmer noch: Seit Anfang 2006 spitzt sich die Situation dramatisch zu. Nach der Offensive der Taliban-Kämpfer im Süden des Landes findet die Gewalt kein Ende, reißt die Serie von Raketenangriffen und Selbstmordattentaten nicht ab. Immer wieder sind Zivilisten unter den Todesopfern: Ziele von Anschlägen sind nicht nur militärische Standorte und Ministerien, sondern auch zivile Einrichtungen. Kriminalität, Drogenhandel und zahllose Milizen tragen erheblich zur Destabilisierung Afghanistans bei.

## »Die Sicherheitslage hat sich immer weiter verschlechtert«

Wie jemand, der in Kabul lebt, die Situation vor Ort empfindet, macht Marion R. Müller deutlich. Die 35-Jährige ist als internationale Programm-Repräsentantin für die Heinrich-Böll-Stiftung in Kabul tätig. Gemeinsam mit zwei afghanischen Kolleginnen und einem afghanischen Kollegen kümmert sie sich vor allem um drei Themenschwerpunkte: Politische Partizipation von Frauen, Frauenrechte sowie Traditionelle Gesellschaften und Demokratie.

Müllers Tag der Einreise war der 29. Mai 2006: An diesem Tag gab es die ersten schweren Unruhen nach dem Fall der Taliban: »Etwa drei Stunden nach meiner Ankunft im Büro musste ich von dort möglichst schnell und unauffällig wieder verschwinden, da ein Nachbarhaus in Flammen stand und ein aufgeregter Mob durch die Straße wütete«, erinnert sie sich. Anlass für die Unruhen war der Unfall eines amerikanischen Militärkonvois mit einem lokalen Taxifahrer. »Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Sicherheitslage immer weiter verschlechtert«, stellt Müller fest.



Zu Taliban-Zeiten undenkbar: Afghanisches Mädchen in der Schule

»Wenn ich an meine ersten Male in Afghanistan zu Beginn 2005 denke, fällt mir immer wieder auf, wie sehr sich die Situation auch insgesamt verändert hat. Und besonders fällt mir auf, wie sehr der damalige Enthusiasmus, der noch bei so vielen Menschen – sowohl den Afghaninnen und Afghanen wie auch internationalen Helferinnen und Helfern – zu spüren war, sich in Skepsis und Kritik an den gegenwärtigen Entwicklungsstrategien verwandelt hat.« Für Marion R. Müller die Folge einer normalen Entwicklung vor dem komplexen Hintergrund dieses Landes, das schon so viel mitgemacht hat: »Sicherlich sehen viele vor Ort und international die Lage seitdem realistischer und angepasster an die aktuelle Situation im Land – politisch und gesellschaftlich.«

## »Erstmals seit Jahrzehnten ist wieder Infrastruktur entstanden«

Momentan liegt der Schwerpunkt der internationalen Wahrnehmung auf den Krisen und Konflikten, deshalb sei daran erinnert, welche Fortschritte bereits erzielt wurden: Vor allem in Kabul, aber

Foto: Jean-Luc GARDEAU/fofolia.de



Wie misst sich der Erfolg des internationalen Einsatzes? Es bleibt viel zu tun.

auch in entlegenen Landesteilen, ist erstmals nach Jahrzehnten wieder Infrastruktur entstanden. Straßen wurden gebaut, Telefonnetze entstehen, es gibt Zeitungen, die Elektrizitätsversorgung in Kabul ist zuverlässig. »Capacity Building« heißt es im internationalen Jargon, wenn Institutionen von Politik und Verwaltung aufgebaut werden, Kliniken entstehen oder gestärkt und Schulen wieder aufgebaut werden – und in dieser Hinsicht waren viele Projekte erfolgreich.

In den Lehmhöfen in den Provinzen sind die Menschen schon glücklich, wenn sie ein Dach über dem Kopf und ihre Familien täglich etwas zu essen haben. Dort sitzen Männer schwatzend vor ihren Häusern, Frauen huschen wie Gespenster vorbei, eingehüllt in den Ganzkörperschleier. Bezahlte Arbeit kennt keiner, jede Familie versucht so gut es geht zu überleben: Frauen pflanzen Gemüse im Garten an, Kinder verdingen sich als Wasserträger. Zwar müssen Kinder zum Überleben der Familien beitragen, doch achten die Eltern darauf, dass sie die Schulen besuchen. Abdul Latif aus dem Dorf Dasht'e-Qaleh, 16 Jahre alt, möchte Ingenieur werden: »Ich will selbst mithelfen, das Land wieder aufzubauen. Wir brauchen

Foto: Jean-Luc GARDEAU/fofolia.de

Straßen, wir brauchen Brücken, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten. Bildung ist für uns gleichbedeutend mit Zukunft.«

## Die Energie der Menschen motiviert sie

Die Energie und Begeisterungsfähigkeit der Menschen – das ist es auch, was Marion R. Müller motiviert: »Die Menschen sind sehr freundlich und vor allem die Frauen haben große Energie sich für eine Verbesserung ihrer Situation einzusetzen.« Was sie weniger mag: »Meine Mobilität ist aufgrund der schwer einzuschätzenden Sicherheitslage sehr eingeschränkt. Die Situation ist unberechenbar und das führt oft zu Stress.«

Dabei bemüht sie sich, ihr Leben so »normal« wie möglich zu gestalten: Sie lebt im Bürogebäude der Böll-Stiftung in einem kleinen Appartement. Das Haus hat eine leicht erhöhte Mauer und private unbewaffnete Wächter. Zum normalen Leben gehört auch, dass sie selbst im Supermarkt einkaufen geht – so wie auch in Deutschland, ein oder zwei Mal im Monat. »Im Unterschied zu 2005 gibt es dort heute beinahe alles zu kaufen und zwar auf europäischem Preisniveau«, schildert sie. »Importierte Ware, Barilla Nudeln, Rügener Dosenfisch oder auch Whiskas Katzenfutter gibt es in drei Supermärkten und mittlerweile sogar mit noch gültigem Haltbarkeitsdatum.«

Neben den Begegnungen, die sich aus ihrer beruflichen Arbeit mit Afghaninnen und Afghanen ergeben haben, pflegt sie Kontakt zu einer kleinen Gruppe von Verkäufern des nahegelegenen Marktes und zu einem Taxifahrer, der sie öfter transportiert. »Ansonsten ist es sehr schwer in Kontakt mit den Menschen zu kommen, die man auf der Straße trifft«, erzählt sie. »Es gibt wenig Gelegenheiten dazu. Aus Sicherheitsgründen gehe ich beispielsweise sehr selten zu Fuß und dann auch noch seltener alleine, bin also meist mit Fahrzeug oder mit Begleitung unterwegs.«

Und wie stehen ihrer Meinung nach die Chancen für eine Stabilisierung der Lage? »Eine nachhaltige Stabilisierung Afghanistans braucht sicher noch sehr viel Zeit. Und nicht nur einen langen Atem, was die Zeit, auch was die finanzielle Unterstützung und Beratung von unserer Seite angeht. Und weitere militärische Truppen. Nur wenn dies entsprechend und entsprechend langfristig garantiert werden kann, werden die Stabilisierungs- und Entwicklungsanstrengungen nachhaltige Erfolge zeigen.«

*Katja Wallrafen ist freie Journalistin in Berlin und bereiste in einer Recherche vor allem den Norden Afghanistans.*

# Deutsche Soldaten am Hindukusch

Die drei Mandate für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Von Matthias Wyssuwa



Einsatz fern der Heimat: Über 3000 deutsche Soldaten sind in Afghanistan stationiert

## Operation Enduring Freedom (OEF)

Die »Operation für die dauerhafte Freiheit« ist das erste und zugleich umstrittenste Mandat des deutschen Afghanistan-Engagements. Heute sind rund 70 Staaten unter der Führung der USA an den Kampfhandlungen beteiligt. Deutsche Soldaten beteiligen sich an zwei weitgehend unabhängigen Teiloperationen: erstens am Horn von Afrika – hier grenzen mit Somalia, Jemen, Sudan und Eritrea gleich mehrere instabile Staatengebilde an Handelsrouten von internationaler Bedeutung – und zweitens im umkämpften Süden Afghanistans. Ziel ist es, terroristische Strukturen zu durchbrechen und die Unterstützung des Terrors durch Drittstaaten zu unterbinden.

Fraglich bleibt die völkerrechtliche Legitimität des Einsatzes. Während Befürworter der OEF sich auf die UN-Resolution 1368 berufen, wenden Kritiker ein, dass diese zwar terroristische Gewalt verurteilt, jedoch nicht zu militärischen Gegenmaßnahmen aufordere. Auch der amerikanische Verweis auf Artikel 51 der UN-Charta, das Recht auf Selbstverteidigung, ist mittlerweile umstritten. Gleichwohl stufte die NATO die Anschläge vom 11. September 2001 auf New York und Washington als Angriff ein und rief den Bündnisfall aus. Die ersten Kriegshandlungen unter dem Dach von OEF erfolgten am 7. Oktober 2001 – die Operation stellte damit

die direkte militärische Reaktion der USA auf die Anschläge am 11. September dar. Die deutsche Beteiligung wurde am 16. November 2001 vom Bundestag beschlossen. In den Regierungsfractionen von SPD und Grünen war der Einsatz umstritten, Kanzler Gerhard Schröder knüpfte erstmals in der Geschichte der BRD die Vertrauensfrage an eine Abstimmung über einen konkreten Sachverhalt. Bei den OEF-Kämpfen gegen die Taliban sind immer wieder Opfer in der Zivilbevölkerung zu beklagen. Der amerikanischen Kommandoführung wurde zudem das Fehlen einer begleitenden zivilen Aufbaustrategie vorgeworfen.

Bis zu 100 Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) können auch im Süden eingesetzt werden. Die deutschen Truppen wurden allerdings seit Oktober 2005 nicht mehr angefordert. Aktuell beschränkt sich der deutsche OEF-Beitrag faktisch auf 256 Marine-soldaten am Horn von Afrika. Im November läuft das Mandat aus, der Bundestag entscheidet über eine Verlängerung.

## International Security Assistance Force (ISAF)

Mehr Zustimmung findet der deutsche Einsatz in Afghanistan unter dem Dach des ISAF-Mandats. Nach dem Sturz der Taliban im Herbst 2001 bat die neue afghanische Regierung um internationale Unterstützung beim Wiederaufbau. Diese wurde ihr auf der Petersberger Konferenz im Dezember 2001 zugesichert und im

Bonner Abkommen festgeschrieben. Ziel sollte es demnach sein, mit einer »Internationalen Sicherheits-Assistenz-Truppe« (ISAF) den Wiederaufbau zu unterstützen. Ebenso sollten die Lieferung von humanitären Hilfsgütern und die Rückkehr von Flüchtlingen gesichert werden. Die Führung der Truppe übernahmen die NATO-Staaten. Mit der Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates vom 20. Dezember 2001 erfolgte die völkerrechtliche Absicherung des Einsatzes. Die Resolution autorisiert die teilnehmenden Länder zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele auch Waffengewalt anzuwenden: Bei ISAF handelt es sich gemäß der UN-Resolution um eine »friedens erzwingende« Mission.

Heute sind rund 3.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan stationiert. Zum Einsatz kommen sie vorrangig im Norden des Landes und in der Hauptstadt Kabul. Wenn es für die Erfüllung des Gesamtauftrages der ISAF erforderlich ist, können deutsche Truppen im Ausnahmefall aber auch in anderen Regionen, wie im umkämpften Süden des Landes, eingesetzt werden, wenn auch nur zeitlich begrenzt. So kamen 20 deutsche Fernmelde-techniker bereits Anfang 2007 im südafghanischen Kandahar zum Einsatz und Flugzeuge der Bundeswehr halfen mit Transportflügen in den Süden aus.

Nachdem das Engagement der ISAF in Afghanistan bis Ende 2005 eine Reihe von Erfolgen aufweisen konnte – die Sicherheitslage stabilisierte sich, im September 2005 fanden Wahlen statt – ist seit 2006 ein negativer Trend zu verzeichnen. Die politische Macht der Regierung in Kabul scheint beschränkt, die Drogenwirtschaft blüht auf, immer häufiger werden ISAF-Truppen im Süden des Landes in verlustreiche Kämpfe mit den Taliban verwickelt, Entführungen und Anschläge häufen sich. Mitte Oktober endet das deutsche ISAF-Mandat. Auch hier muss der Bundestag neu entscheiden.

## Tornadoeinsatz (ISAF-Recce)

Im Frühjahr diesen Jahres erteilte der Bundestag ein zweites ISAF-Mandat: Die Abgeordneten stimmten dem Einsatz von Tornados am Hindukusch zu. Seit April sind in Masari-Sharif sechs Bundeswehr-Tornados und rund 200 Soldaten für Betrieb und Wartung der Kampfflugzeuge stationiert. Dem Einsatz ging die Bitte der NATO um Unterstützung bei der Aufklärungsarbeit im Süden Afghanistans voraus. Die deutschen Tornados sollen Luftbilder liefern und damit den Kampf der ISAF-Truppen gegen die Taliban unterstützen. Als Teil des ISAF-Einsatzes beruht der Tornadoeinsatz auf der gleichen völkerrechtlichen Grundlage wie eben dieser.

Das jüngste Mandat der Bundeswehr führte selbst innerhalb der Regierungskoalition zu heftigen Debatten. Bei der Abstimmung im Bundestag am 9. März lehnten 69 Abgeordnete der SPD den Einsatz ab. Kritiker bemängeln, der Tornado-Einsatz sei nicht klar von OEF zu trennen. Umstritten ist auch, ob die Aufklärungsarbeit der Tornados als direkte oder indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands zu werten und mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Das Bundesverfassungsgericht wies diese Bedenken mit der Begründung zurück, der Tornado-Einsatz besitze die gebotene »friedenswahrende Ausrichtung« und verletze das Grundgesetz nicht. Das Mandat endet ebenfalls Mitte Oktober.

## Seit Jahrzehnten Kriegsschauplatz – Chronologie der Kämpfe in Afghanistan

- **Dezember 1979:** Sowjetische Invasion, die Besatzer werden bekämpft von den islamischen Mudschaheddin, die insbesondere von den USA massiv gefördert werden.
- **April 1989:** Abzug der Sowjettruppen
- **September 1996:** Die radikal-islamischen Taliban ergreifen die Macht in Kabul und verdrängen die Regierung auf circa zehn Prozent des Territoriums im Norden des Landes.
- **11. September 2001:** Terroranschläge der Al-Quaida in New York und Washington
- **7. Oktober 2001:** Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan beginnt. Die Taliban werden von den USA beschuldigt, die Al-Quaida um Osama bin Laden aktiv zu unterstützen. Nach wenigen Wochen gelingt es, die Talibanführung zu stürzen.
- **16. November 2001:** Der Bundestag stimmt dem Einsatz deutscher Soldaten als Teil der US-geführten »Operation Enduring Freedom« zu. Bundeskanzler Gerhard Schröder verknüpft die Abstimmung über den umstrittenen Bundeswehreinsatz mit der Vertrauensfrage.
- **13. November 2001:** Kabul wird kampflos eingenommen, die Taliban-Hochburgen Kundus und Kandahar werden im Dezember besetzt.
- **Dezember 2001:** Auf der Petersberger Konferenz wird der afghanischen Übergangsregierung Unterstützung beim Wiederaufbau und der Wahrung der Sicherheit, mit dem Ziel der langfristigen Stabilisierung des Landes, zugesagt.
- **20. Dezember 2001:** Die UN-Resolution 1386 schafft die völkerrechtliche Grundlage für den ISAF-Einsatz in Afghanistan.
- **22. Dezember 2001:** Der Bundestag beschließt die deutsche Beteiligung am ISAF-Einsatz.
- **6. März 2002:** Zwei deutsche Soldaten sterben in Afghanistan bei dem Versuch, eine Bombe zu entschärfen. Sie sind die ersten von bis heute 21 Opfern der Bundeswehr.
- **7. Juni 2003:** Der bisher schwerste Angriff auf deutsche Truppen in Afghanistan: Bei einem Selbstmordanschlag auf einen ISAF-Bus sterben vier Soldaten, 29 werden verletzt.
- **24. Oktober 2003:** Der Bundestag beschließt eine Ausweitung des Bundeswehreinsatzgebietes. Bis zu 450 deutsche Soldaten sollen im nordafghanischen Kunduz beim Wiederaufbau helfen. Im Juli 2004 werden auch in Feyzabad deutsche Soldaten stationiert.
- **9. Oktober 2004:** Nach dem wenige Monate zuvor die neue Verfassung verabschiedet wurde, wird Hamid Karzai mit 55,4 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten Afghanistans gewählt.
- **18. September 2005:** Parlamentswahlen in Afghanistan
- **5. Oktober 2006:** Mit dem Abschluss der vierten Phase der Ausdehnung des ISAF-Einsatzgebietes erstreckt sich dieses nun auf ganz Afghanistan.
- **März 2007:** ISAF-Offensive: die NATO geführten Verbände initiieren mit der »Operation Achilles« ihre größte Mission gegen die Taliban in Südafghanistan.
- **9. März 2007:** Der Bundestag beschließt den Einsatz deutscher Tornados in Afghanistan. Im April beginnen diese mit den Aufklärungsflügen.
- **19. Mai 2007:** Bei einem Selbstmordanschlag auf dem Markt in Kundus sterben drei deutsche Soldaten.
- **15. August 2007:** Auf dem Weg zu einem Schießstand im Osten Kabuls sterben drei deutsche Polizisten – zwei BKA-Beamte und ein Bundespolizist – bei einem Bombenanschlag. (mwy)